
Redebeitrag Flüchtlingsrat RLP e.V. und Initiativsausschuss für Migrationspolitik in RLP beim Landesaktionstag „Keine Nazis in die Parlamente“ am 14. März 2026 in Mainz

Zunächst vielen Dank dafür, dass wir von den „Aufstehen gegen Rassismus RLP“ eingeladen worden sind, heute hier zu reden. Wir sind Leonie Weber vom Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz und Torsten Jäger vom Initiativsausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz.

Der Aufruf für heute ist klar: Wir wollen keine Nazis in Parlamenten! Niemand braucht sie da! Weil sie gegen alles stehen, wofür wir kämpfen: Nämlich für gleiche Rechte und die gleiche Würde aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Aber auch: unabhängig z.B. von ihrer sexuellen Identität oder unabhängig von einer Behinderung.

Aber was wäre eigentlich, wenn es am 22. März kein Rechtsextremer, kein Burschenschafter, kein Neonazi in unseren rheinland-pfälzischen Landtag schafft? Wird dann automatisch alles gut?

Wir vom Flüchtlingsrat RLP e.V. und vom Initiativsausschuss für Migrationspolitik streiten für Menschen, für die es in den letzten Jahren leider oft zu wenig Unterschied gemacht hat, ob Nazis oder Demokrat*innen über sie gesprochen oder entschieden haben:

Denn Flüchtlinge und Migrant*innen standen in dieser Zeit nicht nur im Fokus des Hasses, der Hetze und der Gewalt von rechtsextremen Parteien und Bewegungen. Viel zu oft sind sie auch von Vertreter*innen demokratischer Parteien zu Sündenböcken für alles erklärt worden, um damit von eigenem Versagen abzulenken:

- für den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zum Beispiel, der in Wahrheit an der De-facto-Einstellung des sozialen Wohnungsbaues und der massenhaften Privatisierung vormals kommunaler Wohnungen liegt,
- für die furchtbaren Lücken im Gesundheitssystem zum Beispiel, an dem in Wahrheit viele Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie - Stichwort Asylbewerberleistungsgesetz - nicht einmal gleichberechtigt teilhaben dürfen;
- für die Krise des Sozialstaates, die in Wahrheit maßgeblich durch den ideologisch begründeten Verzicht auf die angemessene Besteuerung von Vermögen und astronomischen Einkommen verursacht wird;
- für den Antisemitismus, der in Wahrheit und bekanntermaßen schon lange vor der Aufnahme von Flüchtlingen z.B. aus Syrien und Afghanistan eine spezifisch deutsche Domäne war,
- für die Ablehnung gesellschaftlicher Vielfalt und des Rechts von Frauen und queeren Menschen auf Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, die in Wahrheit nichts mit der Staatsangehörigkeit zu tun hat und sich auch in der sogenannten bürgerlichen Mitte zuhause fühlt,

KEINE NAZIS IN DIE PARLAMENTE? GANZ UNBEDINGT! Aber es waren eben keine Nazis, die

- mit der GEAS-Reform Europa künftig hermetisch abriegeln und dafür verantwortlich sind, dass noch mehr Menschen auf gefährlichen Fluchtrouten sterben oder an den Außengrenzen der EU inhaftiert werden, nur weil sie an Europa als Hort der Menschenrechte geglaubt haben;

KEINE NAZIS IN DIE PARLAMENTE? GANZ UNBEDINGT! Aber es waren eben keine Nazis, die

- lauthals verkündet haben, Abschiebungen im großen Stil seien das Gebot der Stunde oder die - nach behaupteter Rücksprache mit ihren Töchtern - „*Probleme im Stadtbild*“ heraufbeschworen haben, denen mit Rückführungen in großem Umfang begegnet werden soll;

KEINE NAZIS IN DIE PARLAMENTE? GANZ UNBEDINGT! Aber es waren eben keine Nazis, die

- die Menschenwürde durch Sondergesetze, Bezahlkarten, Sozialleistungskürzungen oder den Sozialleistungsausschluss migrationspolitisch relativiert haben, obwohl das Bundesverfassungsgericht ihnen eben das ausdrücklich untersagt hat;

KEINE NAZIS IN DIE PARLAMENTE? GANZ UNBEDINGT! Aber es waren eben keine Nazis, die

- Menschen im großen Stil davon ausschließen, Integrationskurse besuchen zu dürfen, um sich dann wie schon immer darüber zu beschweren, dass „der Integrationswille“ nicht da sei.

KEINE NAZIS IN DIE PARLAMENTE? GANZ UNBEDINGT! Aber es waren eben keine Nazis, die

- dafür gesorgt haben, dass Schutzsuchende in Rheinland-Pfalz über Monate oder gar Jahre in der sozialen Isolation von Erstaufnahmeeinrichtungen ausharren müssen und dafür verantwortlich sind, dass der Weg zum Bleiberecht hierzulande besonders lang und der Weg zur Abschiebung besonders kurz ist.

Alles das wurde nicht von Nazis gesagt oder gemacht, sondern von Politiker*innen, die in demokratischen Parteien zuhause sind und in Europa, Deutschland, Rheinland-Pfalz oder einer rheinland-pfälzischen Kommunen politische Verantwortung tragen.

Um es klar zu sagen: Wir setzen diejenigen, die in den letzten Jahren diese und viele weitere Entscheidungen zulasten vom Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie getroffen haben, nicht mit Nazis gleich und ihre Parteien auch nicht mit rechtsextremen Parteien.

Wir sehen in ihnen vielmehr potentielle Bündnispartner*innen im Kampf gegen Nazis und alle anderen Feinde der Demokratie und der Menschenrechte. Gerade deshalb haben wir an sie - anders als an Nazis - sehr klare und konkrete Erwartungen:

- Begreift, dass man Demokratie und Menschenrechte nicht bewahren kann, indem man in Wort und Tat das Geschäft von Feinden der Demokratie und der Menschenrechte besorgt und sich zu ihren Erfüllungsgehilfen macht!
- Hört auf zu glauben oder auch nur zu behaupten, dass „*Migration die Mutter aller Probleme*“ ist. Migration war, ist und bleibt Normalität und kann Zukunft sichern. Wer ausgrenzt und entrechtet, weil er*sie Migrationspolitik als Gefahrenabwehrpolitik versteht, gibt diese Möglichkeit aus der Hand. Wer einlädt, willkommen heißt und Strukturen schafft, weil er*sie Migrationspolitik als Zukunftspolitik begreift, nutzt sie.
- Macht Euch klar, dass das internationale Flüchtlingsrecht und das Asylrecht in Deutschland die Lehre aus der Grausamkeit des Nationalsozialismus ist: Nazis konnten Millionen Menschen auch deshalb ermorden, weil kein anderes Land dazu bereit war, Flüchtlingen Schutz und Aufnahme zu gewähren.

KEINE NAZIS IN DIE PARLAMENTE. Das ist das eine und dafür stehen wir heute hier zusammen.

Das andere - und diese Forderung richtet sich an die demokratischen Parteien - ist: KEINE POLITIK DER ENTRECHTUNG UND DER UNMENSCHLICHKEIT IN DEN PARLAMENTEN. Und auch dafür - da sind wir sicher - stehen wir heute hier zusammen.

Vielen Dank!